



Initiative „Bürger im Neckartal“

PRESSEMITTEILUNG

21. Januar 2025

- **Die Initiative Bürger im Neckartal unterstützt Eingaben gegen die geplante Klärschlammverbrennungsanlage Walheim beim Petitionsausschuss des Landtags.**
- **Eine Strafanzeige gegen das Landratsamt Ludwigsburg soll den fragwürdigen Umgang mit der Schadstoffbelastung der Baufläche auf der ehemaligen Kohlehalde klären.**
- **Die Landesregierung verrät ihre klimapolitischen Ambitionen beim Durchwinken der Klärschlammverbrennungsanlage schon seit Planungsbeginn.**

Nach Abschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren der Klärschlammverbrennungsanlage Walheim (KVA) rufen mehr und mehr Bürger der direkt betroffenen Gemeinden Walheim und Gemrigheim den Petitionsausschuss des Landtages an. „Die Initiative Bürger im Neckartal (BI) unterstützt diese Initiativen, weil die Menschen in der Region nicht verstehen, dass die Ablehnung der geplanten Großindustrieanlage im engen Neckartal durch die gewählten Gremien vor Ort im Genehmigungsverfahren keine Rolle spielt. Das Beteuern des Regierungspräsidiums Stuttgart, nach Recht und Gesetz zu urteilen überdeckt das Versagen der Landesregierung, ihre klimapolitischen Ziele und Ambitionen auch in der Realität einzulösen“, beklagt BI-Sprecher Rudi Ringwald.

Von Ministeriumsseite werden die betriebswirtschaftlichen Interessen des Energieunternehmens EnBW und ihres Tochterunternehmens MSE über das Wohl der Bürger und Kommunen vor Ort gestellt. So wurde im Zielabweichungsverfahren die Planungshoheit der Standortgemeinde Walheim übergangen und das Bauplanungsrecht zu Gunsten des Industrieprojekts ausgelegt.

An keiner Stelle des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens werden die Umweltbelastungen wie der Transport der jährlich 180.000 Tonnen nassen Klärschlammes aus bis zu 100 km Entfernung über die Straße oder die werktäglich 30 Silo-LKW-Transportfahrten des anfallenden Brüdenwassers aus dem Trocknungsverfahren zu weit entfernten Kläranlagen berücksichtigt. Das gilt gleichermaßen für die bis zu 4 MW thermischer Restwärme, die ohne Nutzung an die Umgebungsluft abgegeben werden. Trotz Filterung erfolgt zudem ein immenser Gesamtschadstoffausstoß von jährlich mindestens 76 Tonnen. Da gesetzliche Grenzwerte für Lachgas fehlen, werden zusätzlich gewaltige und anerkannt gesundheitsbelastende Mengen davon ebenso freigesetzt wie CO₂, was einem Ausstoß von 50.000 Pkw entspricht.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte den BI-Demonstranten Anfang Dezember 2024 in Lauffen a. N. versprochen, „keinen ökologischen Wahnsinn zu bauen“. Die BI befürchtet allerdings, dass sich das Versprechen in Luft auflöst und die klimapolitische Bewertung der EnBW-Baupläne dem laufenden Genehmigungsverfahren untergeordnet wird. „Wie konnten die Vertreter der Landesregierung im Aufsichtsrat der EnBW deren Baupläne befürworten und sogar begrüßen und damit ihre klimapolitischen Ambitionen

verleugnen?“, fragt sich BI-Sprecher Matthias Appelt mit deutlicher Kritik an der Landesregierung.

„Aus Zwischenbescheiden des Petitionsausschussvorsitzenden zum Thema Grundwasserentnahme oder zur Interessensneutralität der Genehmigungsbehörde ist zwischenzeitlich bekannt, dass das Umweltministerium das nachgeordnete Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde sogar aufgefordert hat, zu Gunsten der EnBW die wasserrechtliche Genehmigung und weitere Maßnahmen zur Realisierung des Baus zu gewähren“, führt der BI-Sprecher weiter aus. „Kein gutes Zeichen für ein Umdenken der Landesregierung“, ergänzt Ringwald.

Für die BI ein besonderes Ärgernis sind die Auswaschungen durch die Jahrzehnte lang gelagerte Kohle und die dadurch vermutete Schadstoffbelastung des Untergrunds. In Walheim ist diese in wenigen Bodenuntersuchungen mit deutlichen Grenzwertüberschreitungen an einzelnen Stellen nachgewiesen. Das Landratsamt Ludwigsburg hatte deshalb zunächst Bedenken gegen das Bauvorhaben angemeldet, diese aber nach nur zwei Wochen ohne weitere Untersuchungen und Erklärungen zurückgezogen. Entgegen dem Vorgehen in vergleichbaren Fällen in Sachsen oder im Saarland ist in Walheim keine Entsorgung des vermutlich belasteten Untergrundes angedacht. Die vorzeitige Errichtung der Bodenplatte auf der Kohlelagerfläche ist genehmigt. Damit sind letztlich Fakten geschaffen worden. Auch zu diesem Thema haben sich Bürger an den Petitionsausschuss gewandt. Zudem liegt der Staatsanwaltschaft Stuttgart eine Strafanzeige gegen das Landratsamt Ludwigsburg wegen unterlassenen Untergrunduntersuchungen vor.

Ansprechpartner:

Rudi Ringwald – ringwald@buerger-im-neckartal.de – mobil: 0171 999 60 08

Matthias Appelt – appelt@buerger-im-neckartal.de – mobil: 0173 277 07 54